

Die Regierung des Prinzen Max von Baden [Erich Matthias, Rudolf Morsey]

Autor(en): **Boesch-Jung, Joseph**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse
d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **13 (1963)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zu der Minderheitenpolitik des Reichs verhalten und wie hat sie — zweitens — die Minderheiten in ihre Parteiorganisation einbezogen und parteiintern berücksichtigt. Während die Beantwortung der ersten Frage, die vor allem anhand der Reichstagsreden geschieht, die Sozialdemokratie als Verfechterin der Nationalitätentoleranz zeigt, führt die zweite Frage in die komplexen Verhältnisse innerhalb der Partei, die ideologischen und organisatorischen Auseinandersetzungen hinein. Der Fall der polnischen Minderheit erweist sich dabei als fruchtbarster Untersuchungsgegenstand, da hier am deutlichsten der Widerstreit zwischen ideologischem Postulat und praktisch-politischem Verhalten aufzuzeigen ist, dem die deutsche Sozialdemokratie von Anfang an ausgesetzt war und der sie auch in der Nationalitätenfrage zu einer recht zweideutigen Politik veranlaßte. Sie vermochte die Toleranz gegenüber den Minderheitsgruppen in ihren eigenen Reihen nicht in dem Maße aufrechtzuerhalten, wie dies nach ihren parteioffiziellen Stellungnahmen zu erwarten gewesen wäre. Wie Wehler überzeugend nachweist, lag dies einmal am Mangel an einer grundsätzlichen Stellungnahme zum Nationalitätenproblem, dann aber auch an der immer deutlicher sich abzeichnenden nationalen Prägung der deutschen Sozialdemokratie. Die Partei hat bereits lange vor dem Ersten Weltkrieg den prinzipiellen Internationalismus, den etwa der Kreis um Rosa Luxemburg vertrat, zugunsten einer Einfügung in den nationalstaatlichen Verband aufgegeben. Diese Wandlung, die sich weniger auf Grund der Verlautbarungen als am praktischen Vorgehen der Sozialdemokratie aufzeigen läßt, wird durch Wehlers Arbeit nachdrücklich belegt.

Bern

Beatrix Mesmer

ERICH MATTHIAS und RUDOLF MORSEY, *Die Regierung des Prinzen Max von Baden*. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, erste Reihe Band II. Droste-Verlag, Düsseldorf 1962. LXXXVI und 700 S.

Der in zwei voluminösen Teilen erschienene erste Band dieser Quellenreihe, die dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik gewidmet ist, gab ein Bild der Tätigkeit des Interfraktionellen Ausschusses bis Ende September 1918 (vgl. SZG 1960, S. 609); der jetzt vorliegende zweite Band behandelt die zeitlich anschließende Kanzlerschaft des Prinzen Max, enthält also solche Quellenstücke zur Zeit vom 1. Oktober bis und mit dem 9. November 1918, die eine sinngemäße Fortsetzung des ersten Bandes bilden. Quellenkritische Bearbeitung und Erschließung der Dokumente durch Anmerkungen, gehaltvolle Einleitung und lückenlose Register halten durchaus die bewundernswerte Höhe des ersten Bandes, doch fehlt dessen inhaltliche Geschlossenheit: In streng

chronologischer Reihenfolge wechseln Sitzungsprotokolle (darunter auch die Aufzeichnungen über die 18 Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses zwischen dem 1. Oktober und dem 8. November, die die unmittelbare Fortsetzung des ersten Bandes bilden), andere Aktenstücke, private Notizen, Briefe und Auszüge aus späteren Aufzeichnungen. Vieles davon wurde bereits früher ganz oder auszugsweise ediert; allein schon der Vergleich des vollständigen Wortlautes mit diesen früheren Editionen (und ihren Auslassungen und Änderungen!) gewährt höchst interessante Aufschlüsse.

Darüber hinaus ist das Wirken dieser Reichsregierung, die als letzte kaiserliche und zugleich als erste, die in Übereinstimmung mit einer festen Reichstagsmehrheit und gemäß deren Wünschen gebildet worden ist und die also gleichsam das Verbindungsglied zwischen der von Bismarck geschaffenen konstitutionellen Monarchie und der nachfolgenden parlamentarischen Republik darstellt, in noch höherem Maße als die vorangehende Tätigkeit des Interfraktionellen Ausschusses geeignet, die Frage zu prüfen; ob wirklich der Übergang zur parlamentarischen Regierungsweise (und damit letztlich auch die Weimarer Republik) eine aus der militärischen Niederlage geborene Improvisation sei und nicht doch Ergebnis und Krönung einer lange und mit zähem Willen vorangetriebenen Entwicklung. Aber gerade in dieser Hinsicht muß ein schweres Bedenken angemeldet werden: Es ist allgemein bekannt und unbestritten, daß Ludendorff am 29. September 1918 nicht nur die sofortige Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen, sondern auch den Beizug von Führern der Mehrheitsparteien in die neu zu bildende Reichsregierung verlangte. Die Entstehung der Regierung des Prinzen Max und damit auch die nun einsetzende Parlamentarisierung wurden also wesentlich, wenn nicht gar entscheidend, durch die Oberste Heeresleitung (OHL) bewirkt, die auch in den folgenden Wochen (am krassesten durch den Heeresbefehl vom 24. Oktober) immer wieder den Gang der Politik maßgebend zu beeinflussen suchte. Ein vollständiges und unverzerrtes Bild dieser letzten kaiserlichen Regierung Deutschlands wird sich also nur dann gewinnen lassen, wenn der Blick nicht ausschließlich auf die Vorgänge in Berlin (in der Reichskanzlei und bei den Regierungsparteien), sondern auch auf jene in Spa (bei der OHL und beim Kaiser) gerichtet wird. Gerade nachdem die Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Obersten A. v. Thaer (herausgegeben von S. A. Kaehler, Göttingen 1958) ein scharfes und vielfach neues Licht auf Ludendorffs Haltung werfen (vgl. dazu A. Griebel in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1958, S. 361ff.), wäre es erwünscht gewesen, auch Absichten und Handlungen der OHL mit ebensolcher Deutlichkeit zu sehen, wie dies nun dank der hier besprochenen Quellensammlung für die Regierung des Prinzen Max möglich ist. Erst dann kann wohl auch die von den Herausgebern mit Recht geforderte «Modifizierung» der These von der Improvisation der deutschen Demokratie schlüssig vollzogen werden.

Aarau

Joseph Boesch-Jung